

Das Volk soll entscheiden

Griechenland: Ministerpräsident Tsipras schlägt Referendum über Troika-Forderungen am 5. Juli vor. Parlament berät. Brüssel empört.

Das griechische Parlament debattiert zur Stunde, ob das griechische Volk über die von den früher als »Troika« bekannten »Institutionen« EU, IWF und EZB geforderten Kürzungen abstimmen soll. Das hatte Regierungschef Alexis Tsipras in der Nacht zum Samstag vorgeschlagen, und noch am heutigen Samstag sollen die Abgeordneten entscheiden. Die für die Einberufung des Referendums notwendige Mehrheit von 151 Abgeordneten gilt als sicher. Dann sollen die Griechen am 5. Juli entscheiden, ob die von den Gläubigern geforderten Maßnahmen umgesetzt werden. Tsipras selbst lehnt die Forderungen ab, will die Entscheidung des Referendums aber akzeptieren, »egal, wie es ausfällt«.

»Die Frage des Referendums wird sein, ob wir die Vorschläge akzeptieren oder ablehnen«, sagte Tsipras in einer auf allen Kanälen übertragenen nächtlichen Fernsehansprache. Griechenland stehe vor einer »historischen« Frage, so der Ministerpräsident weiter. »Wir werden über die Zukunft unseres Landes entscheiden.« Von diesen Beschlüssen würden »auch künftige Generationen abhängen«.

In seiner Ansprache griff Tsipras die »Institutionen« erneut hart an. Seine Regierung habe in den vergangenen sechs Monaten gekämpft, um eine faire Lösung zu finden. Von der Gegenseite seien aber Maßnahmen verlangt worden, die »die Erniedrigung eines ganzen Volkes« zum Ziel gehabt hätten. Dazu zählten beispielsweise weitere Rentenkürzungen und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel.

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) rief die Menschen in einer ersten Stellungnahme dazu auf, bei dem bevorstehenden Referendum mit »nein« zu stimmen und die Forderungen der Troika abzulehnen. Zugleich kritisierten die Kommunisten jedoch, dass die Regierung die Bevölkerung auf die Annahme ihrer den »Institutionen« unterbreiteten Kompromissvorschläge verpflichten wolle. Der einzige wirkliche Ausweg sei der Austritt aus dem Euro, der EU und der NATO, so die KKE.

In Brüssel reagierten die »Institutionen« verärgert auf das dort nicht vorgesehene demokratische Element. »Das geplante Referendum hat alles noch komplizierter gemacht«, jammerte ein EU-Diplomat am Samstag. »Das ist noch einmal eine Volte der griechischen Regierung, um alles durcheinander zu bringen.« Er denke, »dass jetzt über einen Plan B geredet werden muss«. Damit wird üblicherweise eine Pleite oder ein Euro-Austritt Griechenlands umschrieben. Die Eurogruppe kommt um 14.00 Uhr in Brüssel zusammen.

Auf dem Verhandlungstisch lag zuletzt ein gemeinsames Angebot der »Institutionen«. Dieses sieht eine Verlängerung und Aufstockung des derzeitigen Kreditprogramms bis November vor, sofern sich Athen zu Privatisierungen, Kürzungen bei den Renten sowie einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Während Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Freitag von einem »außergewöhnlich großzügigen Angebot« sprach, wies die griechische Regierung es als »unakzeptabel« zurück. **(dpa/AFP/ANA-MPA/jW)**

<http://www.jungewelt.de/2015/06-28/001.php>